

Kassel, 05.10.2009

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Umfrage bei Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-JobberInnen)

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1446 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt **zu prüfen, ob die Universität bereit ist (z. B. im Rahmen einer Diplomarbeit)** eine Umfrage über die Qualität des Einsatzes unter derzeitigen Ein-Euro-Jobberinnen und Ein-Euro-Jobbern **durchzuführen**. In der Umfrage **könnten** vor allem die Einschätzung und Bewertung der Beschäftigung abgefragt werden, d. h. inwieweit sich durch die Ausübung der Beschäftigung eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Lage ergeben hat.

Außerdem **könnten** Angaben zur Betreuung durch die Agentur für Arbeit (z.B. Kontakthäufigkeit, Eingliederungsvereinbarung und der subjektiven Beurteilung der Betreuung durch die Agentur für Arbeit) sowie Angaben zur ausgeübten Beschäftigung und der Zufriedenheit der Beschäftigten mit ihrer Tätigkeit gemacht werden.

Die Ergebnisse wie auch die Erfolgsquote der Wiedereingliederung in Arbeit werden im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport vorgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG,
Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Umfrage bei Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-JobberInnen), 101.16.1446, wird **zugestimmt**.